

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Hausteiner, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Gleiche Besoldung für alle Soldaten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Demokratie braucht Streitkräfte, wenn sie Freiheit verwirklichen und schützen will. Die Bundeswehr wurde 1955 aufgestellt, um uns und unsere Gesellschaft in ihrer freiheitlichen Verfassung in den Grenzen unseres Landes bei Bedarf verteidigen zu können und um im Bündnisgebiet Beistand zu leisten, wenn dies zur kollektiven Verteidigung oder im Rahmen der Krisenbewältigung durch die Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) oder die Westeuropäische Union (WEU) nötig geworden wäre.

Mit der Vereinigung 1990 ist die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen. Deutschland braucht zum einen weiterhin leistungsfähige Streitkräfte, die für unser Land Frieden und Freiheit sichern. Zum anderen müssen sie aber auch im Bündnisrahmen zur Krisenreaktion fähig sein und für die Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen, wenn das politisch so entschieden wird.

Die Bundeswehr musste sich auf vielfältige neue Aufgaben einstellen. Dies erfordert Anpassungen und Umgliederungen, die mitunter sehr schwierig sind. Sie verlangen von allen Beteiligten große Flexibilität und Opferbereitschaft. Die Angehörigen der Bundeswehr haben bisher alle ihnen gestellten Herausforderungen mit Erfolg bewältigt.

Die Bundeswehr ist fest in Staat und Gesellschaft verwurzelt. Ihr Leitbild ist der Staatsbürger in Uniform. Sie genießt großen Rückhalt bei den Menschen unseres Landes. Ihre Einsatzbereitschaft und ihr Ausbildungsstand finden hohe internationale Anerkennung. Persönliche Freiheit, Menschenwürde und Recht sind die Fundamente ihrer inneren Verfassung und bestimmen ihren Auftrag seit ihrer Gründung.

Seit dem 3. Oktober 1990 hat sich am Beispiel der Bundeswehr gezeigt, was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft einer gemeinsamen Aufgabe stellen. In der Bundeswehr ist die innere Einheit seit langer Zeit vollzogen. Es gibt weder im Leistungswillen noch in der Leistungsfähigkeit Unterschiede, die ihre Begründung aus der Herkunft der Bundeswehrangehörigen ableiten könnten. Sowohl im Inland als auch bei Auslandseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der NATO oder der EU erfüllen Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern ihren Auftrag in gleicher Qualität wie die aus den alten Bundesländern. Deshalb ist die Ost-West-Besoldungsdifferenz bei den Angehörigen der Bundeswehr schon seit Jahren durch nichts mehr gerechtfertigt. Sie wirkt demotivierend und diskriminierend und ist daher schnellstmöglich abzuschaffen.

II. Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ungleichbehandlung bei den Angehörigen der Bundeswehr unverzüglich zu beenden und sie ausschließlich nach der heute nur für die westlichen Bundesländer gültigen Besoldungsordnung zu besolden.

Berlin, den 7. Februar 2006

Birgit Homburger

Elke Hoff

Dr. Rainer Stinner

Dr. Karl Addicks

Christian Ahrendt

Uwe Barth

Rainer Brüderle

Angelika Brunkhorst

Ernst Burgbacher

Patrick Döring

Mechthild Dyckmans

Jörg van Essen

Horst Friedrich (Bayreuth)

Hans-Michael Goldmann

Miriam Gruß

Joachim Günther (Plauen)

Dr. Christel Happach-Kasan

Heinz-Peter Haustein

Dr. Werner Hoyer

Hellmut Königshaus

Gudrun Kopp

Heinz Lanfermann

Sibylle Laurischk

Harald Leibrecht

Ina Lenke

Michael Link (Heilbronn)

Markus Löning

Horst Meierhofer

Patrick Meinhardt

Jan Mücke

Burkhardt Müller-Sönksen

Dirk Niebel

Detlef Parr

Cornelia Pieper

Gisela Piltz

Jörg Rohde

Frank Schäffler

Marina Schuster

Dr. Max Stadler

Carl-Ludwig Thiele

Florian Toncar

Christoph Waitz

Dr. Volker Wissing

Martin Zeil

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion